Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 133. | Dresden, Donnerstag den 12. Juni 1913. | 24. Jahrg.

Nach einem Beschluß des Parteiausschusses und des Parteivorstandes beginnt der sozialdemokratische Parteitag am 14. September.

Der Ausfall der Reichstagsersatzwahl in Waldeck-Pyrmont macht eine Stichwahl zwischen Vietmeyer (Wirtsch. Vgg.) und Pfarrer Naumann (Fortschr. Volksp.) notwendig.

Wie der Berliner Lokalanzeiger meldet, ist zwischen Nationalliberalen, Fortschrittlern und Zentrum ein Kompromiß über die Deckungsvorlagen zustande gekommen.

Der preußische Landtag wurde von Bethmann-Hollweg mit ein paar nichtssagenden Redensarten eröffnet.

Im norwegischen Parlament wurde die Einführung des Frauenwahlrechts beschlossen.

Als Nachfolger des gestern in Konstantinopel ermordeten Großwesirs wird der Marineminister Mahmud Pascha genannt.

Auf dem Wege zum Kompromiß?

Die gestrige Sitzung des Reichstags, in der die zweite Lesung der Wehrvorlage fortgesetzt wurde, scheint die Bestätigung dessen gebracht zu haben, was zuvor schon in den Wandelgängen erzählt worden ist: daß eine Einigung der bürgerlichen Parteien untereinander und mit der Regierung über die Deckungsfrage im Gange sei. Herr Erzberger, der Redner des Zentrums, dessen Mehrheit gewillt gewesen sein soll, die Militärvorlage abzulehnen und es zur Auflösung des Reichstags zu treiben, wenn die Steuern nicht nach ihren besonderen Wünschen gestaltet werden, schlug „hochpatriotische" Töne an, nachdem er sich in dummen Witzen und Mätzchen über die Sozialdemokratie Genüge getan hatte. Wenn die Militärvorlage am 1. Oktober nicht in Kraft treten könne, sagte er, seinen wenig geistreichen Blick auf die widerspenstigen Mitglieder seiner Fraktion gerichtet, dann wäre Frankreich gegen Deutschland im Vorteil. Woraus die Zentrumsmitglieder den Schluß ziehen müßten, daß sie Vaterlandsverräter seien, wenn sie der Steuerfrage wegen die Wehrvorlage ablehnten. „Die Situation zwingt uns, daß jetzt die Wehrvorlage bewilligt wird." Die geriebene Sprechmaschine des Zentrums hätte diese Erklärung nicht abgegeben, wenn das Zentrum noch gewillt wäre, die Vorlage abzulehnen.

Noch weiter als Erzberger ging Herr Semler, der Redner der Nationalliberalen. Er erklärte, die nationalliberale Fraktion sei in der Deckungsfrage „zu jedem Opfer bereit". Wichtiger als jede Deckungsfrage sei ihnen die, daß die Wehrvorlage bis 1. Juli genehmigt sein muß". Das bedeute, daß sich die Nationalliberalen dem Willen des Zentrums und der Regierung unterwerfen werden, daß sie also der nachgebende Teil sein werden — wie immer zuvor! Und um diesen Umfall im voraus zu rechtfertigen, malte Herr Semler wieder das rote Gespenst an die Wand: Die „Drohungen der Sozialdemokratie" sollten „an die bürgerlichen Parteien eine Mahnung sein, uns zu vertragen". Und sie werden sich „vertragen", die sich soeben noch schlugen.

Die Konservativen schickten ihren langweiligsten Redner, den Gans Edlen Herrn von Putlitz, vor, der den bürgerlichen Frieden nicht mehr gefährden konnte, während Herr Müller-Meiningen mit witzig sein sollenden Polemiken nach allen Seiten hin dem Bewilligungsfanatismus der Fortschrittlichen Volkspartei ein oppositionelles Mäntelchen umzuhängen versuchte.

Die Krönung der großen „patriotischen" Kundgebung der Militaristen brachte die Rede des Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg. Den verlangten Reformen im Heere gegenüber will er die „Disziplin" aufrecht erhalten, was wohl heißen soll, daß alle die von der Budgetkommission in Resolutionen niedergelegten Forderungen in seinen Papierkorb wandern werden. Aber die Wehrvorlage müsse zu dem festgesetzten Zeitpunkt Gesetz werden. Auch die von der Budgetkommission gestrichenen drei Kavallerie-Regimenter seien eine Forderung, die zur Schlagfertigkeit des Heeres und zur Sicherung der Grenzen unbedingt aufrecht erhalten bleiben müsse, und er forderte das Haus auf, den Beschluß der Budgetkommission zu revidieren. Diese Erklärung war so gehalten, daß sie einer Drohung gleich kam, die Regierung werde den Reichstag auflösen, wenn nicht auch diese drei Regimenter bewilligt würden. Es ist bereits bekannt, daß das Zentrum seinen Mitgliedern die Abstimmung über diese Position freigegeben hat und die Mehrzahl auch für die Regierungsforderung stimmen wird. Es kommt also nun nur noch darauf an, wieviel von den Fortschrittlern umfallen werden. Indes hat auch Herr Müller-Meiningen solche „patriotische" Töne angeschlagen, daß man annehmen kann, sie, die Fortschrittler, werden auch noch die drei Regimenter bewilligen.

Diese drei Kavallerie-Regimenter bilden nun noch den einzigen Konfliktsstoff. In der Deckungsfrage sei „noch nicht in allen Punkten" eine Einigung erzielt worden, sagte der Kanzler, aber sie werde gefunden werden, weil sie kommen müsse. Die Mehrheit des Reichstags habe die dringende Notwendigkeit der Heeresvorlage anerkannt, und da habe sie auch die Pflicht, die Vorlage nicht scheitern zu lassen. „Mit allen Mitteln" will er sich dafür einsetzen, daß „die Vorlage in dem Zeitpunkt Gesetz wird, der vorgesehen ist" — das ist der 1. Juli. „Die Heeresverstärkung muß unverzüglich ins Werk gesetzt werden." Lassen Sie uns jetzt handeln, schloß er — das soll heißen: verhandeln, Kuhhandel treiben.

Verständlich wird die Rede des Reichskanzlers nur, wenn man annimmt, daß mit einem Konflikt nicht mehr zu rechnen sei. Denn eine Auflösung des Reichstags würde ja das „unverzügliche" Inkrafttreten der Wehrvorlage verhindern, und die Regierung würde sich, nach ihrer eigenen Anschauung, ebenso des Vaterlandsverrats schuldig machen, wenn sie es wegen der Steuerfrage oder der drei nicht bewilligten Kavallerie-Regimenter zur Auflösung des Reichstags und somit zur Verschleppung des angeblich so dringend notwendigen und eiligen Schutzes des Vaterlandes kommen ließ, wie die bürgerlichen Parteien. Sollte es also dennoch zu einer Auflösung kommen, so wäre die Sozialdemokratie bei den Neuwahlen in der eigenartigen Lage, an der Hand der Erklärungen der bürgerlichen Parteien und des Reichskanzlers nachzuweisen, daß diese mit vollem Bewußtsein das „Vaterland dem Feinde ausgeliefert" haben, in Rücksicht auf ihren Geldbeutel!

Herr v. Liebert und der Welfe Colshorn fanden keine Aufmerksamkeit mehr. Am Schlusse ritt Herr Bassermann noch eine Attacke für die drei Kavallerie-Regimenter, worauf nach persönlichen Bemerkungen die Sitzung um 6½ Uhr ihr Ende fand.

Die Verhandlungen über Artikel 1 der Wehrvorlage werden heute fortgesetzt werden.

•

Das Kompromiß über die Steuervorlagen gesichert.

Unter dieser Ueberschrift teilt der Berliner Lokalanzeiger in seiner heutigen Morgennummer folgendes mit:

Ungefähr zur selben Stunde, als in der gestrigen Reichstagssitzung der Reichskanzler die Parteien ermahnte, möglichst bald zu einer Verständigung über die Deckung unserer Rüstungsvorlagen zu gelangen, lag das zwischen den Fraktionsführern des Zentrums, der Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei ausgearbeitete Kompromiß so gut wie fertig vor. Dieses bezieht sich, wie wir hören, nicht allein auf das Besitzsteuergesetz, sondern umfaßt sämtliche Steuervorlagen einschließlich des Wehrbeitrages.

Die Grundlage für die Verständigung bildet die Erledigung der Besitzsteuerfrage. Hier setzten auch die Verhandlungen ein mit dem Erfolge, daß man sich, wie schon gestern erwähnt, im großen und ganzen bei der Regierungsvorlage über die Vermögenszuwachssteuer zusammenfand. In der Hauptsache handelt es sich hierbei um die Erbschaftssteuer, bei der allerdings das Gattenerbe frei bleiben soll, dagegen das Kindeserbe besteuert wird. Das ist wohl auch der Grund, weshalb sich die Konservativen bisher nicht an den Verhandlungen beteiligt haben. Die Väter des neuen Kompromisses nehmen an, daß auch die Konservativen schließlich mit von der Partie sein werden, jedenfalls erwartet man, daß sie sich nicht mit den Sozialdemokraten in der Ablehnung des Kompromisses zusammenfinden werden; sonst könnte es leicht kommen, daß es keine Mehrheit findet. Das Streben der verhandelnden Parteiführer geht eben dahin, eine Mehrheit zu schaffen, die zugleich Wehr- und Deckungsvorlagen beschließt.

Nicht übersehen darf jedoch werden, daß die Beschlüsse der Parteiführer bisher unverbindlicher Natur sind und Ueberraschungen letzten Endes immer noch nicht ausgeschlossen sind. Bei allen Beteiligten herrschte ein so großer Optimismus vor, daß man schon jetzt von der vollzogenen Verständigung sprechen kann. Gestern (Mittwoch) abend beriet noch die Zentrumsfraktion die einzelnen Bestimmungen des Kompromisses; man kann annehmen, daß sie ihnen zustimmte, nachdem schon neulich ihr Vorstand nach dieser Richtung einen Beschluß gefaßt hat. Auch die Freisinnigen hielten gestern noch eine Sitzung ab, während sich die Nationalliberalen erst heute vormittag mit dieser Angelegenheit befassen werden.

Der türkische Großwesir ermordet.

Konstantinopel, 11. Juni. Als der Großwesir sich heute mittag zur Pforte begab, stürzten sich zwei mit Revolvern bewaffnete Personen auf sein Automobil und erschossen ihn.

Mahmud Schewket Pascha ist den Weg Nazim Paschas gegangen. Am 23. Januar kam Mahmud Schewket durch Enver Beis blutigen Staatsstreich, der dem damaligen Kriegsminister Nazim Pascha das Leben kostete, ans Ruder und gestern, fünf Monate später, krachten die Schüsse der Vergeltung. Denn wenn auch die Telegramme über den Mörder und seine Motive noch recht dürftig orientieren, so ist doch die Tat bei den Cliquenkämpfen der herrschenden Schichten der Türkei unschwer als Echo der Gewalttaten vom 23. Januar zu erklären.

Der Ermordete war keineswegs waschechter Jungtürke. Daß er trotzdem nach dem Januarputsch die Regierung der Ligaleute ablöste und von den Jungtürken ans Ruder gebracht wurde, war mehr ein diplomatischer Zug der Jungtürken, die mit der Regierung des gemäßigten Mahmud Schewket eine Aussöhnung im Offizierslager erhofften. Das Volk erwartete von ihm die Rettung des Vaterlandes; die Friedensverhandlungen wurden abgebrochen, der Kampf begann von neuem, bis der Fall von Adrianopel zeigte, daß auch ein Mann wie Mahmud Schewket, der einer der tüchtigsten Soldaten und energischsten Heeresreformer seines Landes gewesen war, an dem türkischen Zusammenbruch nichts mehr ändern konnte.

Die römischen Blätter sehen in der Ermordung Mahmud Schewket Paschas das drohende Anzeichen neuer Wirren, die die letzte Kraft der Türkei aufzehren würden. Die Tribuna glaubt, der Sultan werde Kiamil an seine Seite berufen. Man erinnert sich, daß der schärfste Gegner des jetzigen jungtürkischen Regimes, der mit allen Listen des Orients vertraute Exwesir Kiamil Pascha, vor etwa vierzehn Tagen von seinem ägyptischen Ruhesitz plötzlich am Bosporus erschien, und daß die Regierung alle administrativen Künste anwandte, um ihn vom Landen in Konstantinopel und weiterhin auch in Smyrna abzuhalten.

Durch ein Iradé des Sultans ist der Minister des Aeußeren Prinz Said Halim Pascha zum interimistischen Großwesir ernannt worden, und bei den wechselnden Kräfteverhältnissen der herrschenden türkischen Cliquen ist es noch ungewiß, ob die neue Regierung mehr oder weniger antijungtürkisch ausfallen wird. Deutlich zeigt dies Attentat nur wieder, wie wirr und anarchisch die inneren Zustände des osmanischen Reiches sind und bleiben.

•

Attentat und Attentäter.

Konstantinopel, 11. Juni. Das Pressebureau veröffentlicht ein amtliches Communiqué, demzufolge der Großwesir und Kriegsminister Mahmud Schewket Pascha, als er sich heute morgen in seinem Automobil zur Pforte begeben wollte, auf dem Bajazetplatze an einer Straßenkreuzung wegen Erdarbeiten halten lassen mußte. In diesem Augenblick gaben aus dem Publikum heraus einige unbekannte Personen mehrere Revolverschüsse gegen das Automobil ab, durch die der Großwesir schwer verwundet wurde. Er wurde ins Kriegsministerium zurückgebracht, wo er eine halbe Stunde später seinen Geist aufgab. Auch sein Adjutant, der Schiffsfährrich Ibrahim, ist von einer Kugel getroffen und getötet worden. Der Ministerrat ist im Kriegsministerium zusammengetreten. Die Militärbehörden haben die erforderlichen Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung ergriffen. Unter dem Verdacht, einer der Mörder des Großwesirs zu sein, ist ein Mann namens Topal Tewfik in einer Bedürfnisanstalt des Stadtviertels Yedikpascha verhaftet worden. Er trug zwei Revolver und mehrere Patronen bei sich. Die Polizei setzt die Untersuchung fort. Außer Topal-Tewfik ist noch ein zweiter Mann, der sich Kadri nennt, unter dem Verdachte der Teilnahme an dem Anschlage verhaftet worden.

Wien, 11. Juni. Wie die Neue Freie Presse aus Konstantinopel erfährt, waren bei dem Anschlage auf den Großwesir vier Personen beteiligt.

Konstantinopel, 11. Juni. Die Ermordung Mahmud Schewket Paschas hat in der Stadt Bestürzung hervorgerufen. Jetzt herrscht vollkommene Ruhe. Patrouillen durchziehen die Straßen. Der Eintritt ins Kriegsministerium ist untersagt. Talaat wohnte dem Ministerrat bei.

Das Tiszasche Gewaltregiment bleibt.

Von unserem Korrespondenten.

th. **Wien**, 16. Juni.

Das ungarische Amtsblatt veröffentlicht heute die Ernennung des Grafen Tisza zum ungarischen Ministerpräsidenten und ein Handschreiben an Lukacz, worin diesem warm gedankt wird für seine „unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen selbstlos und mit Selbstaufopferung geleisteten erfolgreichen Dienste", worin ihm dankbare Erinnerung der großen Verdienste, die er sich um die Verwirklichung der Wehrreform erworben habe, versichert, worin die Hoffnung ausgesprochen wird, er werde auch in Zukunft den öffentlichen Angelegenheiten seine Fähigkeiten nicht entziehen. Man weiß: das Urteil des obersten ungarischen Gerichtshofs und des zuständigen Gerichts über die Verdienste des Herrn Lukacz hat wesentlich anders gelautet. Die Richter sprachen in ihrem Urteile aus, daß man Lukacz mit Recht den „größten Panamisten" genannt habe, daß die Korruption, die er betrieben, mit Amt und Würden eines Ministerpräsidenten unvereinbar sei. Und nach diesem Urteil wagte selbst die Partei der Tiszaschen Kreaturen nicht, die „Fähigkeiten" des Herrn Lukacz „den öffentlichen Angelegenheiten" länger mehr zu „erhalten". Beschimpft, bemakelt vor dem ganzen Lande floh Lukacz von der Bühne. Seine Zuflucht war der Wiener Hof, der dem größten Panamisten dankbare Erinnerung bewahrt.

Nicht zum ersten Male stellt sich so Hofesstimme gegen Volksstimme. Als zu Anfang des Jahres Graf Tichy das Ministerium verließ, weil Lukacz außerstande war, sich von dem Vorwurf unsauberer Machenschaften zu reinigen, und der Graf mit einem fleckigen Ehrenmann nicht in demselben Kabinett sitzen wollte, da wurde Lukacz in Wien empfangen und der Hofbericht unterstrich dick und kräftig den huldvollen Empfang. Wiederum am Tage vor der Urteilsfällung im Desso-Prozeß war Lukacs Gast bei Hofe; gnädigst wurde sein Bericht entgegengenommen und den Richtern das „Gnädigst" grell und groß vor die Augen gerückt. Doch überraschenderweise